

# Verkehrslärm als Schicksal

Sprachlos reagierte Kordula Dargel aus Mündelheim auf die Antworten der Stadtverwaltung auf ihre Einwohneranfrage zu Lkw-Verkehr und Verkehrslärm. Nur ein „unverschämt“ entfuhr ihr zu den Antworten



Im April hatten die Anwohner der Straßen Im Bonnefeld und Ehinger Berg 90 Protestunterschriften gegen die beabsichtigte Einbahnstraßenregelung für ihr Wohnviertel präsentiert. Damals demonstrierten sie unserem Fotografen, wie der Verkehrslärm in Mündelheim auf sie wirkt. Foto: Hans Blosssey

## Von Martin Kleinwächter

Elf Fragen zur Lärmsituation und zum Lkw-Verkehr im Mündelheimer Norden, also auf der Uerdinger Straße, hatte Kordula Dargel für die Einwohnerfragestunde der Bezirksvertretung Süd gestellt. Nachdem Bezirksamtsleiter Helmut Bräcker die Antworten aus der Fachverwaltung vorgelesen hatte, verschlug es ihr die Sprache. Lediglich das Wort „unverschämt“ entfuhr ihr noch. Dabei hätte sie zu jeder ihrer elf Fragen noch zwei Zusatz- oder Verständnisfragen stellen dürfen.

Neueste Verkehrszählungen, so hatte Bräcker vorgelesen, lägen noch nicht vor, die belegen könnten, dass der Lkw-Verkehr dort immer stärker angestiegen sei. Damit blieb jedoch unerwähnt, dass die Straße nach dem im September 2006 vorgelegten Lärminderungsplan unter 121 Straßenabschnitten im Süden das vierthöchste Lkw-Aufkommen verzeichnet. Das

sind nach zwar nicht mehr topaktuellen Zählergebnissen immerhin rund 2 500 Lkw in 24 Stunden.

Dabei gestand die Stadtverwaltung ihr zu, dass die dortigen Industrie- und Gewerbegebiete in Mündelheim den Verkehr „selbstverständlich“ beeinflussen. Ob das eine „Plage“ sei, sei Ansichtssache.

Kordula Dargel erfuhr dann,

**„Es ist von einem Planungszeitraum von 20 Jahren auszugehen“**

dass Logport II, das Logistikzentrum auf dem ehemaligen MHD-Areal in Wanheim, ab Mittel 2009 besiedelt wird, dass davon aber keine spürbare Verkehrsbelastung ausgehen werde. Bräcker: Das müsse dann beobachtet werden.

Sicher, die seit Jahren geforderte Umgehungsstraße mitten durchs Industriegebiet in Hüttenheim und direkt zur B 288 würde Mündelheim spürbar entlasten, so die Ver-

waltung. An konkreten Maßnahmen konnte sie Dargel jedoch nur in Aussicht stellen, dass das beim Ausbau der B 288 zur Autobahn einmal kommen könnte. „Es ist von einem Planungszeitraum von 15 bis 20 Jahren auszugehen.“

Und zum Lärminderungsplan hieß es dann noch, persönliche Rechtsansprüche könne niemand daraus ableiten, zumal die für die so genannte Lärmsanierung an alten, nicht vor einem Ausbau stehenden Straßen geltenden Grundwerte von 70 Dezibel (A) tagsüber und 60 dB(A) nachts dort nicht erreicht würden. Kein Wort darüber, dass der Lärminderungsplan für die Uerdinger Straße einen durchschnittlichen Lärmpegel von fast 67 dB(A) tagsüber und über 59 dB(A) nachts ermittelt hat. Und kein Wort auch darüber, dass den Mündelheimern in Wohngebieten im Falle des Autobahnbaus Lärmwerte von 59 dB(A) tagsüber und von 49 dB(A) nachts zustünden, die dann durch

Lärmschutz sichergestellt werden müssten.

Kordula Dargel erfuhr schließlich, dass die Einbahnstraßenregelung für ihre Wohnstraße Ehinger Berg mit folgendem Maßnahmenpaket zur sichereren Verkehrsführung durch Mündelheim verknüpft ist: Die Ampelanlage an der Einmündung Uerdinger Straße/Im Bonnefeld wird ab-

gebaut. In Höhe Ehinger Berg erhält die Uerdinger Straße eine Querungshilfe. Ferner wird es ein Linksabbiegeverbot von dort nach Im Bonnefeld geben.

Auf Dargels Einwand, dass der Lkw-Verkehr von und zum neuen „Plus-Markt“ künftig durch Im Bonnefeld/Ehinger Berg geleitet wird, erhielt sie keine Reaktionen.

## Lärm: Einklagbarer Grenzwert fehlt

„Das ist in der Tat so, dass die einzelne Bürger keinen Rechtsanspruch auf Lärmschutz hat“, sagt Dirk Jansen, Sprecher vom Bund Umwelt und Naturschutz Deutschland (BUND), zur Verkehrslärmproblematik - jedenfalls dann, wenn es sich nicht um einen Aus- oder Neubau einer Straße oder Bahnstrecke handelt. Im Gegensatz zur Luftverschmutzung habe der Gesetzgeber (noch) keine bindenden Grenzwerte dazu eingeführt. Dem stünde aber, gibt Jansen

zu bedenken, auch ein praktisches Problem gegenüber: Den Kommunen fehlten einfach die finanziellen Mittel, um Lärmschutz betreiben zu können. Immerhin liege für den Duisburger Süden schon die Lärmkartierung vor. Viele Kommunen seien noch nicht soweit, würden sich gar weigern, bis 2008 entsprechende Aktionspläne für Lärmschutz aufzustellen, weil sie angesichts leerer Kassen sowieso keine einzige Lärmschutzwand errichten könnten. **mkw**